



FDP

**Fraktion
Region Hannover**

**Redebeitrag des stellv. Fraktionsvorsitzenden Peter Kimmel
in der Regionsversammlung am 15.03.2005**

Thema: Neuordnung der Kulturförderung – Regionalisierung fördert Profilschärfung der Region Hannover

Das, was hier im Gewande der Kulturförderung und der Regionalisierung der Kulturförderung daherkommt, ist meiner Ansicht nach ein ganz großer Glücksfall für die Region Hannover. Ich finde es hervorragend, was zwischen der Landesregierung und dem Regionspräsidenten ausgehandelt worden ist und sich uns daher jetzt die Möglichkeit eröffnet, etwas für unser Selbstverständnis zu tun und die Kulturförderung zu betreiben.

Den Änderungsantrag von SPD und Grünen beurteile ich demgegenüber als außerordentlich schlecht. Auf Punkt 2 dieses Antrags, die Forderung nach jährlicher Auflistung der Förderanträge und nach einer Berichterstattung über die Verwendung der Mittel, möchte ich folgendes sagen: Diese Forderung beinhaltet eine Selbstverständlichkeit. Ich habe generell immer Bedenken, wenn Selbstverständlichkeiten, zum Beispiel die Information eines Ausschusses, in einen solchen Antrag gegossen werden. Dieses ist im wahrsten Sinne des Wortes eine Selbstverständlichkeit und niemand zweifelt daran, dass die Verwaltung den politischen Gremien die gewünschten Informationen auch ohne Antrag zukommen lassen wird.

Der Teufel steckt im Detail, nämlich in den Punkten 3 und 4 dieses Änderungsantrags. In diesen wird Kostenneutralität gefordert: Im Falle zusätzlicher Personal- und Sachkosten durch die Übertragung der Aufgabe der Kulturförderung auf die Region Hannover soll beim niedersächsischen Kultusministerium die Bereitstellung von Personal bzw. ein finanzieller Ausgleich gefordert werden. Ich frage mich, wie man ein solches Verhalten gegenüber unserem Vertragspartner rechtfertigen soll. Es ist doch ureigene Sache der Region Hannover, selbst zu regeln, welche administrativen Kosten durch diese Neuordnung der Kulturförderung bei der Region Hannover entstehen. Durch die in Punkt 2 geforderten jährlichen Rechenschaftsberichte besteht überdies die Gefahr, dass die administrativen Kosten erhöht werden. Niemand kann in diesem Fall erwarten, dass das Land für solche administrativen Mehrkosten aufkommt. Ich beurteile dieses als ein unmögliches Verlangen.

Die FDP-Fraktion befürwortet aus diesen Gründen getrennte Abstimmung über die Ursprungsdrucksache und die einzelnen Punkte des Änderungsantrags.